



Primas: Kontinuität in Hessen, neuer Landesbeauftragter berufen

Landesbeauftragte bleiben wichtige Bindeglieder in den Bundesländern

Hessen hat Andreas Hofmeister MdL zum neuen Landesbeauftragten für Heimat-vertriebene und Spätaussiedler berufen. Hierzu erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Die aktuelle Hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Boris Rhein MdL (CDU) beweist Kontinuität in vertriebenenpolitischen Fragen: Nachdem Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU) sich 15 Jahre lang segensreich für die auch von der OMV vertretenen Menschen und Themen eingesetzt hat, wurde nun Andreas Hofmeister MdL (CDU) in ihrer Nachfolge zum neuen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen.

Er ist in Hessen genau die richtige Wahl, denn er vereint landespolitische Erfahrung als Abgeordneter und ehemaliger Vorsitzender des zuständigen Unterausschusses im Landtag mit familiärer Schicksalsverbundenheit, zumal ein Teil seiner Familie aus dem Sudetenland stammt. Überdies engagiert er sich seit 2019 auch im Bundesvorstand der OMV. Gemeinsam mit dem zuständigen Innenminister, Prof. Dr. Roman Poseck (CDU), der wiederum schlesische Wurzeln hat, wird Hessen sicher auch zukünftig ein Vorbild für eine gelungene Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik bleiben.

Insgesamt erweist sich, dass Landesbeauftragte wichtige Bindeglieder der Politik zu den Zielgruppen und ihren Verbänden, ihren Mitgliedern und ihren Anliegen bleiben. Deshalb setzt sich die auch OMV in Bund und Ländern seit vielen Jahren erfolgreich dafür ein, dass diese Ämter eingerichtet und gestärkt werden. Auch in Baden-Württemberg mit Innenminister Thomas Strobl MdL (CDU), in Bayern mit Petra Loibl MdL (CSU), in Nordrhein-Westfalen mit Heiko Hendriks (CDU) und in Sachsen mit Dr. Jens Baumann (CDU) ist dies bereits gut gelungen.

Seit Jahresbeginn hat auch in Berlin, der Regierende Bürgermeister Kai Wegner MdA (CDU), erstmals mit Walter Gauks, selbst Russlanddeutscher und Landesvorsitzender der OMV Berlin, eine „Ansprechperson des Senats für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene“ installiert.

Weitere Bundesländer sollten diesen Beispielen folgen.

Berlin, 3. April 2023